



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der Reichskanzler und die Parteien

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Der Reichskanzler und die Parteien

**D**err von Bethmann hat bei verschiedenen Anlässen erklärt, er sei kein Parteiminister, habe nicht die Absicht sich bei seiner Politik auf irgendeine Partei ausschließlich zu stützen, werde vielmehr die für die parlamentarische Erledigung der Gesetzgebungsarbeit notwendigen Mehrheiten nehmen, wo er sie gerade finde; er wolle als Reichskanzler über den Parteien stehen. Man darf dem fünften Kanzler zugeben, daß er sich bisher an sein Prinzip gehalten hat; scheute er sich doch selbst nicht mit den Sozialdemokraten zu paktieren, nur um seine Absichten in einem bestimmten Falle durchzusetzen. Das war in der reichsländischen Verfassungsfrage; in der preussischen Wahlrechtsfrage hat er dagegen auf die Mitwirkung sogar des Freisinns verzichtet. Eine solche Stellung über den Parteien hat ihre Vorzüge, wenn sie von einer Regierung eingenommen wird, die ein festes Ziel im Auge hat und die, unbeirrt durch den Lärm des Tages, diesem Ziele zustrebt. Handelt es sich dabei um größere Aufgaben, die jedem Parteipolitiker je nach dessen Fähigkeiten mehr oder weniger leicht erkennbar sind, so werden sich Gefolgschaften und Gegnerschaften von selbst bilden; das will sagen: die Absichten der Regierung werden die Parteien nach zwei Lagern eilen. Sind die Ziele nicht erkennbar, so werden die Parteien nicht nur jede einzelne für sich, sondern auch in sich uneinig bleiben über die Stellungnahme zur Regierung: jede Parteigruppe, ja, jeder Parteimann wird das Ziel wo anders sehen und infolgedessen auch mit besonderen, voneinander abweichenden Mitteln erreichen oder bekämpfen wollen, die jedoch niemals praktisch erprobt werden dürften, eben weil über die Wahl des einzelnen Mittels Uneinigkeit herrscht. Dadurch wird bei den Parteien Doktrinarismus großgezogen, der um so üppiger ins Kraut schießt, je mehr die Führer in berechtigtem und verständlichem Selbsterhaltungstrieb nach einenden Lösungen innerhalb der Partei fahnden müssen.

Solche Losungen aber liegen meist in Gefühlsmomenten, vielfach in bösen Instinkten, im Machtkitzel usw. Bei den konservativ gerichteten Parteien wacht dann gewöhnlich der Antisemitismus auf und treibt Blasen, während die Liberalen gegen die Verfassung Sturm laufen und sich schrecklich demokratisch geben. Die Regierung aber wird zwar in Einzelfragen selten eine geschlossene Opposition, aber auch ebenso selten eine geschlossene Gefolgschaft haben.

Diese theoretische Erwägung findet für die Verhältnisse in Deutschland-Preußen eine bestätigende Illustration: der fünfte Kanzler hat in den drei Jahren seiner Amtstätigkeit keine geschlossene Opposition zustande kommen lassen, aber er hat auch noch keine Gefolgschaft, die mit ihm durch dick und dünn ginge. Immerhin läßt sich eins nicht verkennen: die Zahl der Stimmen, die dem Kanzler zu vertrauen beginnen, wächst — sie wächst langsam, dafür aber in allen Lagern. Es wird erkannt, daß Herr von Bethmann eines fremd ist: Genügsamkeit in Scheinerfolgen. Diese Erkenntnis muß in allen positiv gestimmten Charakteren zum wenigsten Sympathie, wenn nicht gar Vertrauen auslösen, gleichgültig, ob man im übrigen konservativ, liberal oder demokratisch denkt.

Dieser zweifellosen Eroberung stehen aber als hemmende Momente gegenüber: die Beobachtung, daß der fünfte Kanzler im politischen Kampf scheinbar eilig kapituliert, wo nach anderer Auffassung noch Mittel angewendet werden könnten, den Willen der Regierung durchzusetzen und zweitens die allgemeine Unkenntnis der Ziele des Kanzlers.

Über die Mittel für die Durchsetzung von konkreten Aufgaben wird sich immer streiten lassen: der Temperamentvolle wird zu wenig heißen, was der Kühle schon zu viel nennt; der Politiker konservativer Richtung wird ein Ausnahmegesetz gut nennen, wo der Liberale sich in seinen heiligsten Empfindungen getroffen fühlt; der Chauvinist beurteilt wirtschaftliche Vorgänge nach Gefühlsmomenten, der kühle Volkswirt unterschätzt nur zu leicht die Imponderabilien. Das wichtigste aber: nicht alle, die in der Politik glauben mitsprechen zu müssen, sind in der Materie so bewandert, wie man nach der Schroffheit ihrer Kritik sollte annehmen dürfen. Für den Publizisten, dessen Aufgabe es u. a. ist, die in der Tagespolitik tatsächlich gegeneinander wirkenden Kräfte zu erkennen und bewertend darzustellen, ist daher mit solchen Urteilen und Äußerungen wenig anzufangen, sie werden in erster Linie den Chronisten interessieren; wirkliche Klarheit aber wird aus ihnen eigentlich nur der nach uns lebende Historiker gewinnen, dem sich besser als dem Zeitgenossen die Ziele unserer Regierenden offenbaren können. Erst wenn man die Absichten und allgemeinen Ziele des Reichskanzlers kennt, wird man ermessen können, ob die von ihm angewandten Mittel zu ihrer Durchsetzung ausgereicht haben oder nicht, ob in diesem Staatsmanne ein starker Wille zur Tat klug gehemmt wird, oder ob wir mit scheuem Zurückweichen vor entscheidendem Zugriff zu rechnen haben.

Wie weit sind wir nun über die Ziele des Kanzlers unterrichtet?

Im Septemberheft der Deutschen Rundschau erschien ein Leitartikel, der von der konservativen Presse zum mindesten als Ausfluß Bethmannscher Inspiration hingenommen wurde; es gibt sogar Hellhörige, die glauben, den Kanzler direkt für das Manuskript verantwortlich machen zu sollen. Gegen die letzte Auffassung spricht zweierlei: der Ausfall gegen Rußland und die besonders scharfe Stellungnahme gegen die konservative Partei. Einer Regierung, mit der ein Staatsmann eben zu freundschaftlicher Verständigung über ernsthafte Dinge gekommen ist, sagt man nicht Malice, wie sie über Rußland in dem Artikel enthalten sind, lediglich um der Regierung eines anderen Landes, mit der man auf dem Wege der Verständigung nicht so recht voran kommt, umso größere Avancen machen zu können. Und einer Partei, ohne deren selbstloseste Unterstützung das als wichtigste politische Aufgabe der inneren Politik bezeichnete Problem nicht durchführbar ist, sagt man keine Grobheiten für eine längst überwundene und verwundene Kränkung aus dem Wahlkampf. Selbst die Angriffe gegen die sogenannten nationalen Vereine und Verbände erscheinen angesichts der Rechtfertigung, die die Reichsleitung für ihre Haltung in weltpolitischen Fragen gefunden hat, im Augenblick überflüssig. Daß sie im übrigen zutreffend sind und die Ansichten immer zahlreicher werdender Patrioten wiedergeben, ist eine Sache für sich.

Immerhin steht so manches in dem Artikel, was auf eine tiefere Vertrautheit mit den Absichten des Kanzlers schließen läßt. „Die derzeitigen Aufgaben unserer auswärtigen Politik erschöpfen sich“ in der Tat „nahezu in der Lösung des deutsch-englischen Problems,“ was natürlich nicht ausschließt, daß Einzelfragen, wie etwa gegenwärtig das Balkanproblem, zeitweilig in den Vordergrund treten, alle anderen verdunkelnd. Auch in der kolonialen Betätigung steht der Kanzler „zurzeit noch keine“ Existenzfrage; die Regierung des Kaisers steht ihr nächstes Ziel nicht in der Eroberung neuer Gebiete, sondern darin, „die vorhandenen im Innern auszubauen“. Der Kern des ganzen Artikels ist aber in dem zu suchen, was über die Aufgaben der inneren Politik angedeutet ist. Da heißt es: „Der Beweis für die Notwendigkeit eines wirklich großen Kolonialreichs muß aus Prophezeiungen geschöpft werden, die Gegenwart erbringt ihn nicht. Die Auswanderung hat nicht zu- sondern abgenommen, und die innere Kolonisation verlangt ihre Rechte; unsere Industrie blüht, ja nimmt eine beherrschende Stellung ein. . .“

In diesen beiden Sätzen steht ein den Bedürfnissen der Nation entsprechendes Wirtschaftsprogramm, das den weltpolitischen Aufgaben des Deutschtums angepaßt ist; hier kommt ein Rückschauen zum Ausdruck, das sich wohl bewußt geworden ist, wie unser mächtiges Emporblühen nicht nur Gutes geschaffen, sondern auch Gutes gefährdet hat. Darum dürfen die Worte „innere Kolonisation“ ruhig durch Konsolidation im Innern übersetzt werden. Und daß die Übersetzung zutreffend ist, lehrt die Haltung der für das Wirtschaftsleben maßgebenden



Der Adel, wirtschaftlich unter sich differenziert, bildet längst nicht mehr eine sozial geschlossene Phalanx; auf dem Buckel der Enterbten in ihm klettert ein neues Unternehmertum zur Höhe politischen Einflusses. Die einzige verbindende Materie zwischen allen diesen Widersprüchen wäre vielleicht eine äußere Gefahr, ein Krieg. Aber auch hiergegen werden starke Bedenken laut, denn an einem Kriege hätte tatsächlich nur die Armee ein Interesse, sonst niemand vielleicht außer den Armeelieferanten, und auch diese nur sehr bedingungsweise, denn Handel und Wandel können nur in Zeiten des Friedens sicher gedeihen.

Fast genau so sieht es bei den Liberalen aus. Die Nationalliberalen sind aus den Städten vielfach durch den Freisinn und die Sozialdemokraten verdrängt und suchen nun durch Vorstöße auf das platte Land des Ostens und durch Organisation nationaler Arbeitermassen ihre Reihen zu füllen. Solange in der Ostmarkenpolitik das nationalistische Moment über das wirtschaftliche gestellt wurde, hatte die Partei auch äußere Erfolge, für die Partei selbst freilich Pyrrhussiege. Denn daß sie dazu führen mußten, den inneren Zusammenhang der Partei noch mehr zu zerrütten, wie es schon der Fall war, erhellt aus dem Umstande, daß es bei der heutigen Zuspitzung des wirtschaftlichen Kampfes schier unmöglich erscheint, zugleich für die Industrie einzutreten, die billiges Fleisch braucht, um niedrige Löhne zahlen zu können, und für die Bauern, die ihre Produkte teuer verkaufen müssen, wenn sie sich halten wollen; man kann in einer von wirtschaftlichen Kämpfen um die Macht erfüllten Zeit nicht für die Interessen der Landwirtschaft streiten wollen, wenn man gleichzeitig die Arbeiterfrage vornehmlich nach industriellen Gesichtspunkten bearbeitet und man kann nicht für Angestellte und Industriearbeiter in den Städten gesetzgeberisch in deren Sinne wirken wollen, wenn man die berechtigten Ansprüche dieser reinen Konsumenten hinter die der Produzenten stellt. Die Führer der Nationalliberalen wollen zuviele Volkskreise für sich gewinnen, ohne eine Idee zu besitzen, die wenigstens zweien gemeinsam wäre. Eine Idee, die nicht zugleich auch von den konservativen Parteien aufgegriffen werden könnte, vermag ich nicht zu erkennen, und böte sie sich, so müßten die Liberalen genau wie bisher sich jeden Fußbreit Einfluß im Lande im Kampfe gegen jene erringen. Das gilt vor allen Dingen vom Problem der inneren Kolonisation; auch dieser Frage hat sich die nationalliberale Partei angenommen; ihre Stellung in der Ostmarkenfrage ist bekannt; außerdem hat sie anstandslos Geld für Moorkulturen bewilligt und auch den Kampf gegen die Ausbreitung des Latifundienbesitzes aufgenommen. Beides aber kann ihr als Partei nur wenig nutzen und so dürfte sie auch kaum als Trägerin Bethmannscher Ideen in dieser Richtung in Frage kommen. Parolen ohne Massensuggestion, Parolen, die nicht wegen ihres Radikalismus auch von den demokratischen Parteien aufgenommen werden können, sind für eine Partei, die nach demokratischen Mitteln greifen muß, um sich erhalten zu können, wertlos. So wird denn auch der Kampf gegen den Latifundienbesitz ganz allgemein von politischen Gesichtspunkten aus betrieben ohne Rücksicht auf örtliche

intimere Verhältnisse. Er richtet sich nicht gegen den in einer Hand konzentrierten landwirtschaftlichen Riesenbetrieb als solchen — das widerspräche ja dem liberalen Wirtschaftsprogramm — sondern gegen den meist konservativen Besitzer desselben: nicht der wirtschaftliche Typus, der in seiner Übertreibung als Schädling an unserer nationalen Wirtschaft nagt, wird bekämpft, sondern das Institut, das den altpreußischen oder auch ultramontanen Konservatismus erhält und fördert. Und doch wird im Osten unseres Vaterlandes nur die Partei auf die Dauer den Ausschlag geben, die das Problem der Fideikomnisse in einem die Allgemeinheit national und wirtschaftlich befriedigenden Sinne löst. So bringt es die Tragik der Entwicklung der alten nationalliberalen Partei mit sich, daß sie entweder in der wichtigsten uns gestellten Aufgabe versagen muß oder sie angreifen, um daran zugrunde zu gehen. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, könnte eine der in Deutschland bestehenden liberalen Parteien, die im Augenblick Einfluß auf dem Lande zu gewinnen sucht, nichts anderes tun, als für die Zertümmerung des Großgrundbesitzes eintreten. Denn nur mit demokratischen Schlagworten läßt sich auf die Masse einwirken. Doch auf den Trümmern der großen Güter wird niemals eine liberale Partei blühen, sondern nur eine stadt- und industrieindliche demokratische. Es soll hier nicht dargestellt werden, wie viel oder wie wenig solche und ähnliche Gedanken bereits innerhalb der nationalliberalen Partei erörtert werden. Ein wichtiges Argument erschwert die Erörterung: die stärker gewordene Abhängigkeit der Partei vom mobilen Kapital, das früher seine Hauptstütze im Freisinn hatte. Diese Verbindung birgt die große Gefahr in sich, daß innerhalb der Partei das Verständnis für die bedeutsame Anteilnahme des Großgrundbesitzes an den Aufgaben in der Ostmark zurückgeht. Zieht man hierbei in Betracht, wie die Animosität gegen die Landwirtschaft in den Städten, die besonders durch die demokratische Presse gefördert wird, Nahrung findet durch die offenkundigen Versäumnisse in der Organisation des Lebensmittelabsatzes durch die Landwirte selbst, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn uns demnächst selbst in nationalliberalen Kreisen solche Ansichten begegnen, die denen immer ähnlicher werden, die zur Bekämpfung des französischen Adels um die Mitte des manchesterlichen achtzehnten Jahrhunderts führten. Wer diese Parallele weiter zu verfolgen wünscht, sei auf das ausgezeichnete Werk von Adalbert Wahl „Vorgeschichte der französischen Revolution“ (2 Bände, Tübingen, bei J. C. B. Mohr, 1905) hingewiesen. Hier nur soviel: für die alte nationalliberale Partei wäre heute — natürlich nur vom Standpunkt des eng geschnürten Parteiinteresses aus — die Aufnahme der inneren Kolonisation nicht nur in das Programm, sondern auch in ihre praktische Betätigung äußerst erschwerend für ihre Stellung zum Freisinn, zum Zentralverband und Hansabund, und würde eine erneute Annäherung an den Bund der Landwirte zur Folge haben, in dem gerade in Fragen der inneren Kolonisation solche Ansichten zur Anerkennung streben, die von der feudalen Leitung der konservativen Partei nicht gern gehört werden. Doch unsere Liberalen denken

anders. Ihr Selbsterhaltungstrieb läßt sie nach Parolen Ausschau halten, mit denen die Massen zu fangen sind. Da aber Chauvinismus und Kriegsgeschrei nicht verfangen, sucht man sich auf dem Gebiet von Verfassungsfragen schadlos zu halten, — wieder ein Moment mehr den Zusammenhang der Liberalen zu stören; denn auch auf diesem Gebiet gehen die Ansichten innerhalb der Partei weit auseinander.

Vom Freisinn ist nach obigem ebenso wenig zu sagen, wie von der freikonservativen Partei.

Auch das Zentrum hat seine tief wühlenden Kämpfe: der aristokratische und der demokratische Flügel können in Fragen der Wirtschaft nicht immer Hand in Hand gehen und die mehr nationale und mehr ultramontane Richtung im Katholizismus dürften gelegentlich politische Strömungen erzeugen, die die Kampfbereitschaft der Partei empfindlich beeinträchtigen könnten. Doch diese Gegensätze sind lange nicht so tief, wie entsprechende im lutherischen Lager. Haben wir in unserer Landeskirche ausgesprochene Feinde dieser Kirche, so ist ein kirchenfeindlicher Katholik etwas Undenkbares; er wäre eben kein Katholik mehr. Auf katholischer Seite wird niemand sich hinreißen lassen den Modernisten, der noch nicht exkommuniziert ist, mit den „Häretikern“, den Lutheranern zu identifizieren. Wenn aber eine Annäherung aus lutherischem Lager an die Modernisten bemerkt wird, dann sind die Streitigkeiten vergessen: der Glaube ist bedroht! die Freiheit der katholischen Weltanschauung in Gefahr! Die eben noch feindlich gespaltenen Reihen schließen sich gegen den gemeinsamen Feind. Dabei haben die Ultramontanen noch den Vorsprung, auf ein Ausnahmegesetz hinweisen zu können, daß, als solches rein politischen Charakters, mit der katholischen Religion nichts zu tun hat, doch als Zeichen der Feindschaft des protestantischen Kaiserstaates gegen die katholische Religion ausgelegt werden kann: das Jesuitengesetz. — Die Stellung des Zentrums zur inneren Konsolidation ist im allgemeinen sympathischer Art, da sich unter dem Landvolk der orthodoxe Katholizismus leichter kultivieren läßt als in den Städten. Diese Partei wird deshalb für eine Unterstützung der Regierung zu haben sein. Aber um welchen Preis?

Angesichts der Zerrissenheit in den bürgerlichen Parteien treten die Kämpfe zwischen Radikalismus und Revisionismus innerhalb der sozialdemokratischen Partei zurück, auch wenn das Gekreisich auf den Parteitagen den Eindruck innerer Zusammenhanglosigkeit erweckt. Der Glaube an den angeblich nahe bevorstehenden Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft ist nach den Erfolgen des letzten Wahlkampfes doch wohl zu stark, als daß eine Trennung innerhalb der Partei schon jetzt möglich erscheint. Eine großzügige innere Kolonisation, die nicht Beseitigung oder wenigstens empfindliche politische Schwächung des Großgrundbesitzes ins Auge faßte, fände schwerlich die Unterstützung der Sozialdemokraten. Im übrigen wird diese Partei umso kräftiger gedeihen, je mehr die bürgerlichen Parteien aus ihrem eigenen Schwächezustand heraus gezwungen sein werden, zu demokratischen Methoden in den politischen Kämpfen zu greifen.

Erst wenn unsere Sozialpolitik die Wege des reinen Sozialismus betreten haben sollte, das heißt wenn Vorschläge, wie sie Landrat von Dewitz unter anderem in diesen Heften darlegte — direkte Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn — erfüllt sein werden, dann dürfte auch der roten Gefahr ihre Hauptkraft genommen worden sein.

\* \* \*

Der also gekennzeichnete Zustand der Parteien muß es einer Regierung ungemein erschweren, ihre Politik nach irgendeiner von ihnen einzustellen. Die Parteien wie sie heute sind haben nur dort Bedeutung, wo sie Träger der Interessen irgendeiner Wirtschaftsgruppe werden konnten. Das ist ihre Stärke aber zugleich auch ihre Schwäche. Darum sind es auch in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte, von denen aus die Regierung Einfluß auf die Parteien gewinnen könnte. Eine politische Anlehnung an die Konservativen müßte zu schweren Verfassungskrisen führen; ein Verlaß auf die Liberalen in ihrer gegenwärtigen Dreiteilung ist undenkbar; ein Bund mit dem Zentrum käme im Augenblick der Unterwerfung unter den Ultramontanismus gleich; die Sozialdemokratie scheidet als Revolutionspartei aus unseren Betrachtungen aus. Auf eine nahe bevorstehende Änderung der Parteimisere ist nicht zu rechnen. Wo sich Anzeichen beginnender Erholung bemerkbar machen, sind die dadurch bedingten Kämpfe noch nicht entschieden. In allen Parteien wirkt das beharrliche Element erlahmend. An der Spitze stehen überall ältere Männer, deren Verdienste um die einzelne Partei meist Jahrzehnte zurückliegen und die den neuen Aufgaben gegenüber nicht mehr empfänglich genug geblieben sind. Die Männer ihrer nächsten Umgebung wachen eifersüchtig über einander, daß ja keiner nach dem Steuer der Partei greife. So ist denn die Entwicklung der Parteien gewissermaßen unterbunden durch eressene persönliche Rechte und Beziehungen. Das Zentrum macht mir in dieser Hinsicht noch den gesündesten, die Freikonservativen machen den ungesündesten Eindruck. Bei den Deutschkonservativen erstickt die ungeheuer straffe Disziplin, die in dieser Partei herrscht und die gestützt wird durch die Macht der Erstgeborenen der grundherrlichen Adelsfamilien, jede Entwicklungsmöglichkeit. Am trübsten scheinen mir die Zukunftsaussichten der nationalliberalen Partei. Die alte Partei besteht tatsächlich nicht mehr; sie hat als solche keine Aufgaben mehr zu erfüllen; selbst eine tief einschneidende Programmrevision könnte ihr nicht mehr helfen. Ihr Programm ist erfüllt. Das Gute in ihm ist Gemeingut der Nation geworden.

Größere Hoffnungen knüpfen sich an die frisch aufblühenden Organisationen der Jungliberalen; doch das ist Zukunftsmusik.

Was ist zu tun?

Hat Herr von Bethmann wirklich ein Programm, das wenigstens in der Richtung dessen liegt, was oben geschildert wurde, dann bleibt ihm nichts anderes zu tun übrig, als es klarer zum Ausdruck zu bringen, als es bisher

geschah und aus allen Parteien Männer dafür zu gewinnen. In erster Linie wird er sich logischerweise an die Kreise halten müssen, die für das Problem der inneren Kolonisation Verständnis haben. Das sind die Großgrundbesitzer, also die Konservativen auf dem Lande und die Beamten, also die liberalen und konservativen reinen Konsumenten in den Städten. Auch mit allen den Wirtschaftsverbänden ist ein Verständnis zu erzielen, denen bewiesen werden könnte, wie innere Kolonisation gleichbedeutend mit Kräftigung der inneren Märkte wäre.

So kommen wir zu konkreten Aufgaben, deren Durchführung den wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen des Reiches am ehesten gerecht zu werden scheint.



## Geburtenverhütung und Volksvermehrung

Von Dr. med. Alfred Grotjahn-Berlin

Die nachstehende Abhandlung gibt Kunde von den Arbeiten und Zielen eines kleinen Kreises von Ärzten auf einem Grenzgebiete der Naturwissenschaften und Politik. Es handelt sich um die körperliche Verbesserung des Menschengeschlechts, also auch um die körperliche Veredelung der Nation. Der Aufsatz ist entnommen dem Werke A. Grotjahns: „Soziale Pathologie“ (Verlag von August Hirschwald, Berlin 1912), das bereits in Heft 20 der Grenzboten von diesem Jahre kurz angezeigt wurde. Ich möchte das Werk allen denen empfehlen, die ein warmes Herz für die deutsche Nation haben, gleichgültig, von welchem philosophischen Standpunkte aus sie auf die Menschheit blicken. — Geheimrat von Luschan, der Direktor des Berliner Museums für Völkerkunde, hielt auf dem letzten Deutschen Anthropologentag zu Weimar eine Rede, in der er u. a. ausführte: „Die Entartung der Kulturvölker beschäftigt heute mehr denn je alle Kreise. Das elende Zwei-Kinder-System ist längst nicht mehr auf Frankreich beschränkt. Mehr und mehr breitet sich die bewußte und absichtliche Beschränkung der Kinderzahl über alle Kulturvölker aus, und wenn sie bei uns noch vor wenigen Jahren auf die oberen Zehntausend beschränkt war, so greift sie jetzt auch auf die breiten Massen über, eine wahre Pest, deren Gefährlichkeit sich bis jetzt leider nur die wenigsten bewußt geworden sind.“

G. Cl.



degenerative Tendenzen treiben auch im blühendsten Volke ihr Unwesen. Es ist deshalb wichtig, ihre Überwindung und Beseitigung nicht dem Zufall, sondern einem planmäßigen Vorgehen zu überlassen, ganz gleich, ob diese verschiedenen degenerativen Tendenzen, die sich im einzelnen bereits heute nachweisen lassen — jede körperliche oder geistige Minderwertigkeit, die sich über mehrere Generationen fortsetzt, ist bereits ein dem Laien sichtbares Anzeichen einer solchen

Grenzboten III 1912